

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post; 36 Pf. für den Monat mit der Post. Die einzelnen Exemplare kosten 3 Goldpfennige. Der Preis für den Jahrgang ist nur bei Vorbestellung zulässig. Das einzelne Exemplar kostet 3 Goldpfennige. Paris extra

62. Jahrgang

Leipzig, den 11. Oktober 1924

Nummer 86

Die „Volksgemeinschaft“, ein neuer Volksbetrug

Wenn es auch nicht immer ausgesprochene Absicht war, so ist doch bis auf eine Ausnahme alles, was seit zehn Jahren über das deutsche Volk hinwegging, zum vielgestaltigen Volksbetrug geworden. Mit dem Krieg als Gottesgericht für den „Feindbund“ und als „Stahlbad“ für die eigne Nation fing es an. Der „Burgfrieden“ wurde alsbald erfunden. Noch schneller aber entstanden die Kriegsgewinnler, ihnen nachfolgend die edle Junft der Schleier in mancherlei Gattung, ihr aufreizendes Handwerk brutal und gewissenlos betreibend und den Burgfrieden bald begrabend. Im letzten Kriegsdrittel spielte die „Neuorientierung“ eine große Rolle. Gegen den ehrlichen Bethmann-Hollweg zankten aber die heutigen Rechtsparteien wie wild an, weil er in Preußen das allgemeine Wahlrecht einführen wollte, wofür er sogar Wilhelm, den Unbeständigen, gewonnen hatte.

Als dann der große Knalleffekt im November 1918 kam, flogen die Nachhaber jeder Art, und nicht zuletzt die wirtschaftlichen, vor dem Proletariat auf den Bauch und heuchelten Volksgemeinschaft mit der Arbeiterschaft. Welche Wandlungen schienen sich damals zum Besseren zu vollziehen! Inbes, es war in Wirklichkeit nur Volksbetrug. Volksbetrug muß man es aber auch nennen, daß die Arbeiterschaft sich zerstückelte und gegenseitig bekämpfte, wobei dann der sozialen Revolution als hauptsächlichster Umgestalterin die Töpfe massenhaft zerschlagen wurden. Die Reaktion vernahm das als Morgenruf. Poincaré half ihr in unglaublicher staatsmännischer Dbiotie noch getreulich in den Sattel. Eine Serie von politischen Morden ließ die „heuschällige „Aktivität“ der aus mancherlei Richtung zusammen, zmendenden Reaktionen erkennen, auch bürgerliche Minister erlagen den honorigen Mordgesellen.

Der Ruhrabwehrkampf unter der unglücklichen großkapitalistischen Regierung Cuno im vergangenen Jahre ließ mit der „Schicksalsgemeinschaft“ einen neuen Volksbetrug aufkommen. Am schlimmsten hat sie naturgemäß die Ruhrarbeiterschaft zu kosten erhalten. Die Bergbarone und die sonstigen steinreichen Schwerindustriellen machten sich die mit offenen Händen gegebenen Regierungsgelder zu den größten Devisenschiebungen an der Kölner Börse zunutze und schindeten auf diese Weise die deutsche Mark noch extra herunter. Die Bergarbeiter im speziellen sahen sich aber bald in schwere Lohnkämpfe verwickelt; die Bergarbeiterlöhne standen lanac Zeit sehr niedrig. Das in diesem Jahre weit um sich geartete Zeichenstilllegen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist auch eine treffende Charakterisierung der sogenannten Schicksalsgemeinschaft.

Aber die Inflationschmach braucht an sich hier nicht gesprochen werden. Dieser barbarische Krieg aller gegen alle, der bis zum 15. November 1923 atna, aber noch jetzt, wie erst am 8. Oktober in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ der Leiter des statistischen Amtes der Stadt Leipzig in beiden Anklagen schrieb, „überspannte Inflationspreiserhältnisse“ im gesamten Wirtschaftsleben zurückgelassen hat, ist die schlimmste Verflüchtigung einer unfähigen Regierung von Großkapitalis-anaden und der großen, sehr großen Schar von auch in den „nationalen Kreisen“ äußerst stark vertretenen Proffpatrioten gewesen. Dabei hat man an dieser erbärmlichen Ausplünderung der schwer schaffenden und schlecht bezahlten Volkskreise noch nicht genug gehabt. Hat man doch vor etwa sechs Monaten von dem wackeren neuen Reichsbankpräsidenten Schacht von neuem eine „mäßige Inflation“ verlangt und nimmt man doch allgemein Überpreise für seine Waren und Erzeugnisse. Von der Inflationspest bis zur jetzt demagogisch ausgebrüteten Volksgemeinschaft ist eben alles die unentbehrliche Entwicklungsmöglichkeit.

Am 8. Oktober war es ein Jahr, seitdem die Deutsche Volkspartei die seit dem 13. August bestandene Regierung der großen Koalition zu Fall

brachte. Selbstverständlich, der skrupellose deutsch-nationale Preissekter, sollte den von der deutsch-volksparteilichen Sondergruppe Mareßli preisgegebenen deutsch-volksparteilichen Reichskanzler Stresemann erleben: Das ging aber auch der Partei Stresemanns zu weit. Der vielgewandte, an sich wohl fähige Stresemann warf das Steuer um, bugsierte die damals nicht sonderlich glücklich operierende Sozialdemokratie erst einzeln und dann ganz aus der Regierung, nachdem er mit ihr noch das Ermächtigungsgesetz und den militärischen Ausnahmezustand geschaffen hatte. Daß die Reaktion davon nichts zu fürchten hatte, zeigte ja die Dhnmacht der Reichsregierung gegen den Hitler-Ludendorff-Putsch am 8. und 9. November in München. Die Arbeiterschaft bekam das Ermächtigungsgesetz ganz anders zu spüren. Die Arbeitszeitverordnung mit der Tendenz der Beseitigung des Achtstundentages unter Führung des Reichsarbeitsministeriums war für sie unfer vielem die schlimmste Folge.

Das Trauerspiel, daß nicht schon während der Cuno-Regierung eine Reichstagsneuwahl stattfand — für die auch wir immer eintreten —, wurde noch bis zum 13. März 1924 fortgeführt. Die sozialdemokratische Fraktion machte dann Schluß, indem sie die durch das Ermächtigungsgesetz ausgebrochene Verordnungsseuche durch Vornahme einer Revision eindämmen wollte. Marx, der nach der dritten Stresemann-Regierung an das Ruder gekommen war, buckte das wegen des Widerspruches in der Reichsregierung selbst nicht zulassen, und so kam es endlich zur Reichstagsauflösung. Im Wahlkampfe führte namentlich Stresemann eine gute Klinge gegen die Deutschnationalen. Die Bescherung vom 4. Mai ist bekannt: nach keiner Seite hin bot sich für die Volksgemeinschaft ein Anhaltspunkt. Der neue Reichstag ist auch sofort und mit der Zeit immer mehr von allen, die nicht gegen Vernunft und Wahrheit abgeschlossen sind, als Zerrbild der Volkstimmung erkannt worden.

Das Londoner Abkommen und die Dawes-Gesetze haben aber, auch wenn sie schwere Lasten bedeuten, dem Willen der großen Volksmehrheit entsprochen. Der 29. August hat jedoch trotzdem nicht zu einer Volksgemeinschaft geführt, denn die Deutschnationalen haben mit ihrer teilweisen Zustimmung im Reichstage ein kraßes demagogisches Spiel aufgeführt, um — nach ihrer vorhergehenden Bekämpfung — mittels dieser ausgeprochenen Gefinnungsumperlei in die Regierung und damit zur Macht zu kommen. Der „Vorwärts“ hat dieser verfolgten Gesellschaft zu ihrem Vertretertag am 30. September eine Begrüßungsrede gehalten, die von größter Trefflichkeit war. „Wer diesen Krieg nicht auszunutzen versteht, ist nicht wert, ihn erlebt zu haben“, sei auch der deutsch-nationale Wahlpruch gewesen. „Ihre politische Tätigkeit in den letzten Jahren war von einer grandiosen Gewissenlosigkeit und Anehrlichkeit“, bildete eine weitere Deutlichkeit, und die Frage: „Seit wann gibt aber Dummheit einen Anspruch auf Leitung des Staates?“, ist gewiß auch eine moralische Deklassierung.

Um diese edle Junft nun acht seit Wochen das große Liebeswerben zum Eintritt in die Regierung, die eine „Erweiterung“ erfahren müsse. Anscheinend sind den Deutschnationalen für ihr Charakter am 29. August auch Zusicherungen gemacht worden. Die Volkspartei und von ihr nicht zuletzt Stresemann selbst müssen da weit gegangen sein. Stresemann mit seinen politischen Neben nach dem Auslande entwickelt sich bald ebenso gemeingefährlich, wie es einst Wilhelm, der Schwäher, war. Innenpolitisch scheint ihn der Ehrgeiz zu treiben, zum vierten Male Reichskanzler und von seinen vorjährigen forsch draufgehenden Genauen dann gestützt werden zu wollen. Der ehrliche Marx mit seiner starken Zentrumdeckung macht aber dabei nicht mit, und so wird eine neue Reichstagsauflösung wohl der wahrscheinliche Effekt der letzten Maßnahmen sein werden.

Wenn man sieht, wie in England Macdonald und die Arbeiterpartei den Schachua der Konservativen und der Liberalen gegen die Arbeiter-

regierung mit einer glatten Kampfuntsage variiert und demgemäß den Sturz der Regierung beschleunigt haben, um schnellstens zu Neuwahlen zu kommen, so stehen wir Deutschen dieser gar schnellen Entwicklung bis zum 8. Oktober beschnitten gegenüber. Bei uns ein unwürdiges Spiel seit Wochen um die leeren oder verlogenen Begriffe „Bürgerblock“ und „Volksgemeinschaft“, auf dem Inselreiche aber ein frisches Zupacken, wobei zu beachten, daß die Konservativen und die Liberalen dort noch Gentlemenparteien sind im Vergleich zu den Hassern der Republik und den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse, so sich deutschnationale Volkspartei nennen.

Die sozialdemokratische Vertretung hat ein kluges Spiel getrieben mit der von ihr geseelten Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Regierung, wenn die deutschnationalen die ihnen gestellten Bekennertfragen befriedigend beantworteten. Die von den deutschnationalen darauf mühsam zusammengebrachten fünf Gegenfragen an die Sozialdemokratie besaßen nur die Unmöglichkeit einer deutschnationalen Mitregierung in der Republik Deutschland. Die von der Reichsregierung in letzter Minute noch für alle Parteien formulierten Anerkennnisfragen können die deutschnationalen mit gutem Gewissen nicht bejahen. Stresemann, der bedenkenlose Ministerstieher, wird aus diesem Frage- und Antwortspiel keine Lorbeeren ernten.

„Bessblock“ und „Monarchistenblock“, wie Paul Löbe auf dem Mannheimer Republikanertag die von den Sozialdemokraten, den Demokraten und dem Zentrum abgelehnte wilde Regierungsehe nannte (bei welcher Gelegenheit ein früherer Monarchist und jetziger ehrlicher Republikaner, General v. Deimling, aufforderte, dem Volke die Treue zu halten und ein Hoch auf die Republik auszubringen), das wäre die treffendste Kennzeichnung, wenn das etwas werden könnte, was jetzt im Regierungskessel so unheimlich duftend brodelt.

Volksgemeinschaft auf politischem Gebiete und Arbeitsgemeinschaft auf wirtschaftlichem, das wären die zu erwartenden Teufelsgerichte, wenn in diesen Tagen nicht der wirkliche deutsche Volksgeist zum Durchbruch kommt und die Reichstagsauflösung erzwingt. Die Arbeitsgemeinschaft hat der bekannte Berliner Großindustrielle v. Borjia ausgedacht; er will sie auf die Werksgemeinschaften fundamantiert wissen, also auf den mit den Gesellen „abzuschließenden“ Betriebstarifen.

In jedem Betracht würde für die Arbeiterklasse eine große Verschlechterung ihrer schon ungünstigen Lage eintreten, wenn das politische Gaukelspiel doch zu einem Ziele mit den deutschnationalen führen würde. Die „hundertfache Verklaffung“, die sie von dem Dawes-Gutachten für das deutsche Volk prophezeit haben, sie würde von ihnen gegenüber der deutschen Arbeiterklasse versucht werden! Die „Wehrpflicht des Besitzes“, von der Stresemann im September 1923 in Stuttgart sprach, ist ja von vornherein eine Farce gewesen. Dr. Lübtkorf, der Leipziger amtliche Statistiker und Leiter der Preisprüfungsstelle, spricht in seinem schon erwähnten Artikel fortgesetzt von der „Verbandsdiktatur“ in der Preisfestsetzung, die obendrein nach den unwirtschaftlichen Betrieben erfolge. Diese „Verbandsdiktatur“ macht auch struppellos alles zunichte, was von der Reichsregierung an Preisermäßigungen erfolgt, um die „deutsche Wirtschaft“ desgleichen tun zu lassen. Die Verbandsdiktatur operiert mit dem Schlagworte vom „freien Spiel der Kräfte“, praktiziert aber selbst die älteste Zwangswirtschaft. Ranik, der Schutzollminister, ließ trotz drohender Minderernote an Getreide im Juli und August 436 000 Doppelpentner an Roggen und Weizen in das Ausland gehen. Jetzt wird der Roggen um 53 Prozent aus dem Auslande zurückgekauft! Der Roggenpreis hat sich seit Ende Juni mehr als verdoppelt. Wenn da nun in einem Monat eine dreimalige Brotverteuerung stattfindet wie in Dresden, dann wundert sich der Agrargraf noch, daß so etwas in einer „Volksgemeinschaft“ vorkommen kann. Ganz wie Volksgemeinschaft sieht es auch aus, wenn Industriellenkreise (wie in Leipzig jetzt den Metallarbeitern gegenüber) der Forderung einer 20prozentigen Lohnerhöhung eine Reduktion um 20 Prozent entgegenstellen; also 44 Pf. Stundenlohn, wo die amtliche Statistik von Leipzig 94 Pf. Stundenlohn als Existenzminimum bezeichnet. Die Schlichterkonferenz des Reichsarbeitsministeriums Isthin scheint ja auch wunderbare Parolen für die „Volksgemeinschaft“ erhalten zu haben!

Es hat in den letzten Wochen eine Anzahl von sozialen Kongressen stattgefunden, auf denen Deutschland als Wirtschaftsmacht eine große Rolle gespielt hat. Das soziale Dumping hat aber niemand Deutschland als wirtschaftliche Masse anerkannt. Wenn Professor Sombart auf der sonst bemerkenswerten Sozialreformertagung in Stuttgart dem Klassenkampf in etwas schrullenhafter Weise entsagte, so ist der Klassenkampf aber gerade jetzt das Mittel, um auf die unheimliche Ausbeutungslust der Schnell- und Großverdiener eine kräftige Antwort zu geben.

Die Gewerkschaften haben auch das größte Interesse daran, daß durch eine schnelle Reichstagsneuwahl die Volksanschauung und die Machtverhältnisse von neuem und richtig zur Geltung kommen.

Für Sozialpolitik — gegen Schutzölle!

Die soziale Revolution, die sich seit dem Beginn des Krieges in Deutschland vollzog und mit der Vernichtung der deutschen Währung zum vorläufigen Abschluß gelangte, hat alle Klassen der Bevölkerung erfährt, eine tiefgehende Umwälzung hervorgerufen und das Verhältnis der Klassen zueinander verändert. Der alte Mittelstand ist vernichtet, das Handwerk und Kleingewerbe geschwächt, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter verschlechtert. Sieger der Inflation blieb die Schicht der kapitalistischen Unternehmer, die schon während des Krieges weitgehende Gelegenheit fand, sich auf Kosten der übrigen Bevölkerung zu bereichern. Mit dieser Umwälzung haben die schon bis dahin bestehenden Klassen-gegenstände eine weitere Verschärfung erfahren. Die aus ihrer sozialen Stellung herausgehobenen Mittelschichten vermögen sich mit diesem Schicksal nicht zu versöhnen; sie tragen sich mit der Hoffnung, ihre frühere Stellung wieder zu gewinnen. Handwerk und Kleingewerbe kämpfen schwer um die Aufrechterhaltung ihrer Existenz. In den Kleinbäuerlichen Kreisen klagt man über unerträglichem Steuerdruck, während die Arbeiterklasse nach Hebung ihrer sozialen Lage, Erweiterung ihrer Rechte und Anerkennung der Arbeit entsprechend ihrer Bedeutung im Produktionsprozeß ringt.

Eine derartige Gegenfähigkeit der Interessen kann nicht anders als in sozialen und politischen Kämpfen in die Erscheinung treten, von denen die Gegenwart erfüllt ist. Was sich zur Zeit auf dem politischen Gebiete in den Bemühungen um das Zustandekommen des Bürgerblocks, in der Teilnahme der deutschnationalen an der Regierung bemerkbar macht, ist nur das Vorpiel für die bevorstehenden Auseinandersetzungen über die Steuer-, Zoll-, Handels- und Arbeiterpolitik. In ihnen kommt das Bestreben zum Ausdruck, für die Behandlung der demnächst im Reichstag zu erörternden Fragen: Schiffundentag, Lebenshaltung der Arbeiterklasse, Verteilung der Lasten aus dem Londoner Abkommen, Schutzoll oder Freihandel, den Boden für eine den industriellen und agrarischen Interessen günstige Entscheidung vorzubereiten. Daß in diesen Kämpfen von den Beteiligten eine sehr einseitige Beweisführung üblich ist, daneben von den kapitalistischen und agrarischen Interessenten zur Kiederwerfung ihrer Gegner recht wenig einwandfreie Mittel gebraucht werden, darf man als bekannt voraussetzen. Das aus diesen Kämpfen gewonnene Material ist deshalb für den politischen Fernstehenden nicht geeignet, als Grundlage für eine objektive Beurteilung der Verhältnisse zu dienen.

Hiernach muß es dem Verein für Sozialpolitik, der in der Zeit vom 24. bis 28. September d. J. in Stuttgart seine 51. Jahresversammlung abhielt, als Verdienst angerechnet werden, daß er bei dieser Gelegenheit einen Teil der erwähnten Fragen zur Erörterung stellte, um hierüber eine wissenschaftlich objektive Klärung herbeizuführen. Das ist um so mehr zu begrüßen, als der Verein in den Jahren nach Kriegsausbruch in der Öffentlichkeit wenig hervorgetreten, was sehr vermied wurde. Diese Empfindung fand auch in der ersten Hauptversammlung des Vereins in der Frage eines Redners Ausdruck, warum der Verein nicht die Stimme der mahnenden und warnenden Wissenschaft erhob, als eine verfehlte Kredit- und Währungsreform Deutschland in die Katastrophe führte. Bezeichnend war die Antwort darauf, daß die Wissenschaftler selbst sich über die Bedeutung und das Ausmaß dieser falschen Politik im entscheidenden Augenblick nicht klar gewesen seien. Aus dieser Antwort geht hervor, wie verwirrend die Erscheinungen der Nachkriegszeit mit ihren gewaltigen Interessentenkämpfen waren.

Wie sehr diese geistige Verwirrung und Hilflosigkeit in den Jahren der sozialen Umwälzung nicht nur die Massen, sondern auch die Gelehrten ergriffen hat, machte sich in der ersten Hauptversammlung des Vereins in dem Referat des Professors Werner Sombart über die Idee des Klassenkampfes bemerkbar. Seine Ausführungen wendeten sich gegen den übersteigerten Radikalismus und die Dogmatisierung der Klassenkampflehre durch den Kommunismus. Dagegen läßt sich nichts einwenden, wenn sie eine objektive Kritik und Würdigung der Klassenkampfbewegung der Arbeiter gebracht hätten. Das war nicht der Fall. Der relativ wirtschaftlichen Klassenkampflehre stehend Sombart zwar noch ein gewisses Maß von Richtigkeit zu, den revolutionären Klassenkampf dagegen erklärte er als gemein, alles menschliche Handeln herabwürdigend, ohne für seine Befämpfung etwas anderes vorzuschlagen zu können als die Rückkehr zum Glauben an Gott! Mit einer derartigen gefühlsmäßigen Einstellung ist sozialpolitisch nichts anzufangen, und mit Recht wurde ihm entgegengehalten, daß der Verein für Sozialpolitik kein Forum für die Auslegung von Weltanschauungsfragen sei.

Bedeutete das Referat Sombarts eine große Enttäuschung, so zeigten die folgenden Referate den christlichen, festen Willen, über die gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände, den sich aus ihnen ergebenden Problemen sowie über den Weg zu ihrer Lösung Klarheit zu schaffen. Die von Professor Eulenburg über die sozialen Wirkungen des Währungsverfalls mit großer Objektivität gebotenen Darlegungen gewährten einen tiefen Einblick in die durch den Währungsverfall hervorgerufenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Das deutsche Volk sei verarmt, sein jährliches Einkommen von 40 auf etwa 26 Milliarden zurückgegangen, so daß heute auf den Kopf der Bevölkerung statt 640 M. nur noch 400 M. entfallen. Die Bank- und Finanzmächte seien aus der Inflation geschwächt hervorgegangen, der auf Kapitalbesitz gegründete Mittelstand vernichtet, der Handwerkerstand zum großen Teil seines gewohnheitlichen Rückhalts beraubt worden. Dagegen habe sich die Schicht der Unternehmer vergrößert und gestärkt. In der Industrie leide sich eine vertikale Konzentration durch, die zur Bildung industrieller Großgüter führte. Gewaltige Sachwerte wurden von ihr angekauft, demgegenüber die private Flucht in die Sachwerte verschwände. Die an-

fänglich verhältnismäßig günstige Lage der Arbeiterschaft habe sich fortgesetzt verschlechtert. Der Achtstundentag wurde durchlöchert, die Tarifverträge sind zum Teil hinfällig geworden. Auch in Zukunft sei eine wesentliche Schwächung der Position der Arbeiter zu befürchten, weil die Vernichtung von Betriebskapital die Beschäftigungsmöglichkeiten und die Aussichten auf Lohnerböhung herabdrücke. Dazu komme die Schwächung der Gewerkschaften durch den Einfluß der großen Konzerne. Daraus entstehe die banale Frage: Ist überhaupt noch Sozialpolitik möglich? Diese Frage wurde von Eulenburg entschieden bejaht. Der Staat könne sich der Aufgabe nicht entziehen, auf diesem Gebiete auch in Zukunft tätig zu sein; er müsse zum mindesten die Weichenstellung übernehmen. Sozialpolitik müsse getrieben werden, um die Härte des neuen gesellschaftlichen Zustandes zu mildern.

Aus ähnlichen Erwägungen sprach sich Professor Sebrina gegen die Einführung von Schutzkassen aus. Diese Stellung ist um so bemerkenswerter, als Sebrina früher für Agrarkassen eintrat, jetzt aber den gegenläufigen Standpunkt einnimmt. Eine Einfuhr von Nahrungsmitteln sei notwendig, wenn wir kein kulturloses Leben führen wollten. Der gleichen Auffassung schloß sich eine Anzahl anderer Redner an. Dementsprechend wurde auch eine Entschliessung bekannt gegeben, womit die Tagung des Vereins einen für die fernere Behandlung dieser Frage äußerst bedeutsamen Abschluß fand. Den Vertretern dieser Auffassung kann man Interessenpolitik nicht zum Vorwurf machen. Es ist die Ansicht der Wissenschaft, die, unbeeinträchtigt durch persönliche Vorurteile, lediglich auf Grund eingehender, objektiver Prüfung, zu dieser Stellung gelangte.

Attat.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht Anderung von Geldbeträgen in der Sozialversicherung

Im „Reichsgesetzblatt“ Nr. 50 wird eine Reihe Gesetze verkündet, die das magere Ergebnis der kürzlich sozialpolitischen Debatten im Reichstage darstellen.

1. Invalidenversicherung: Der Reichsausschuß für jede Invaliden-, Witwen- und Witwerrente beträgt ab 1. August 1924 jährlich 48 Goldmark. Die laufenden Renten erfahren somit die „horrende“ Erhöhung von einer Mark monatlich. Die Waisenrentenempfänger sängen leer aus.

2. Unfallversicherung: Ab 1. Juli 1924 erhält eine Sonderzulage von monatlich 15 Goldmark zu seiner Rente, wer eine Rente von zwei Dritteln oder mehr der Vollrente bezieht. Ist jedoch die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresverdienst eines landwirtschaftlichen Arbeiters festgesetzt oder wird sie zu Lasten der Zweiganzstalt der Seebereitschaftsgenossenschaft gewährt, so beträgt die Sonderzulage nur 10 Goldmark monatlich. Die Sonderzulage wird nach der Durchführungsvorschrift solcher Empfänger einer Verletztenrente von zwei Dritteln oder mehr der Vollrente gewährt, die auf Grund des Gesetzes über Zulagen in der Unfallversicherung eine Zulage zu ihrer Rente beziehen.

Die Vorschriften des Gesetzes über Zulagen in der Unfallversicherung finden bis auf weiteres mit Wirkung vom 1. Juli 1924 auch Anwendung auf 1. fremde Staatsangehörige, die im Deutschen Reich ihren Wohnort haben, 2. Deutsche, die sich im Ausland aufhalten.

Zur Durchführung des Gesetzes ist weiter bestimmt, daß die Sonderzulagen für die Monate Juli und August am 20. August zu zahlen sind. Vom 1. September ab wird die Sonderzulage dann zusammen mit der Rente ausbezahlt. Die Post zahlt die Sonderzulage an die Empfangsberechtigten selbstständig, soweit sie in der Gewerbe- und Seearbeitslosenversicherung versichert sind. Empfänger aus der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft erhalten vorher eine Benachrichtigung. Ausdrücklich wird doch darauf hingewiesen, daß die Sonderzulagen nur Empfängern von Verletztenrenten in Höhe von zwei Dritteln oder mehr der Vollrente zustehen. Empfänger kleinerer Renten werden ebenso wie die Empfänger von Hinterbliebenenrenten von der Sonderzulage nicht betroffen.

Wochenhilfe: Weibliche Versicherte, die in den letzten zwei Jahren vor der Niederkunft mindestens zehn Monate hindurch, im letzten Jahre vor der Niederkunft aber mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung oder bei einem Reichsknappschaftsvereine gegen Krankheit versichert gewesen sind, erhalten als Wochenhilfe 1. ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich sind; 2. einen einmaligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden in Höhe von 25 Goldmark. Findet eine Entbindung nicht statt, so sind als Beitrag zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden sechs Goldmark zu zahlen; 3. ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 50 Goldpfennig täglich für vier Wochen vor und sechs zusammenhängende Wochen unmittelbar nach der Niederkunft. Das Wochenlohn für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig; 4. solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillsgebe in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 25 Goldpfennig täglich bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft. Der Krankentassenvorstand kann einen Höchstbetrag für das tägliche Stillsgebe festsetzen.

Gewährt der Kassenvorstand freie Hebammenhilfe und Arznei, so ermäßigt sich die bare Weibhilfe nach Ziffer 2 auf 10 Goldmark, außerdem wird in diesem Falle, wenn eine Entbindung nicht stattfindet, keine Weibhilfe gezahlt.

Wochenhilfe erhalten auch die Ehefrauen sowie solche Töchter, Stief-töchter und Pflegetöchter der Versicherten, welche mit diesem in häuslicher Gemeinschaft leben, falls sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben, ihnen ein Anspruch auf Wochenlohn (als Versicherte) nicht bereits zusteht und der versicherte Ehemann bzw. Vater in den letzten zwei Jahren vor der Niederkunft mindestens zehn Monate hindurch, im letzten Jahr vor der Niederkunft aber mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung oder bei dem Reichsknappschaftsvereine gegen Krankheit versichert war.

Als Wochenhilfe werden die gleichen Leistungen gewährt, wie sie in den Ziffern 1 bis 4 den versicherten Wöchnerinnen gewährt werden, jedoch beträgt das Wochenlohn feststehend 50 Pf. und das Stillsgebe 25 Pf. pro Tag. Der Kassenvorstand kann bestimmen, daß das Wochenlohn auf einmal oder in Teilbeträgen gezahlt wird.

Diese Vorschriften traten mit dem 1. August 1924 in Kraft. Für Entbindungsfälle, die vor dem 1. August 1924 eingetreten sind, ist das Wochen- und Stillsgebe für den Rest der Besessenszeit nach den neuen Sätzen zu berechnen.

Zu den Bundesratsvorschriften für Buchdruckereien, Schriftgießereien und Stereotypen

Auf der diesmaligen Tagung der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft in Hannover hat der Kreis- bzw. Sektionsvorsitzende Weber aus Leipzig auf eine Revision der aus dem Jahre 1897 stammenden Bundesratsvorschriften über die Einrichtung und die Reinigung von Buchdruckereien usw. gebrungen. Sie werden nach seiner Auffassung als sehr zur Schikanierung der Buchdruckereibesitzer angewandt. Herr Weber will in Wirklichkeit damit das Seinige tun zum Abbau einer sozialen Einrichtung für die Buchdruckerberufsgenossenschaft. Er war jedenfalls schon vor mehr als vier Wochen überzeugt, daß das Regierungskabinet der Deutschnationalen gekommen sei, und wollte ihnen deshalb für das Buchdruckergewerbe ein Werk „gejunger Reform“ zuweisen. Herr Artur Scholem (Berlin) hat in der „Zeitschrift“ vom 30. September in einem andern Zusammenhang den Bundesratsvorschriften aber ganz gute Wirkung nachgesagt und von schlechteren sanitären Zuständen unter den Buchdruckern in der Zeit vor Erlass dieser Schutzvorschriften gesprochen. Das ist richtig. Wie ja auch richtig ist, daß die Bundesratsvorschriften vom 31. Juli 1897 ein guter Erfolg des Verbandes gegen die vielen sanitären Mißstände in den Buchdruckereien waren; hauptsächlich, was die Räume selbst anbelangte. Unsere Organisation unterlag im Januar 1892 mit dem Neunstundenkampfe, trat dann mit wohlüberlegten Anregungen um Erlass von Schutzvorschriften an die Reichsregierung heran und siegte damit, indem nach langen Untersuchungen und Feststellungen folgende Verordnung des Bundesrates erlassen wurde:

1. Auf Räume, in welchen Personen mit dem Sehen von Lettern oder mit der Herstellung von Lettern oder Stereotypenplatten beschäftigt werden, finden folgende Vorschriften Anwendung:

1. Der Fußboden der Arbeitsräume darf nicht tiefer als einen halben Meter unter dem ihn umgebenden Erdboden liegen. Ausnahmen dürfen durch die höhere Verwaltungsbehörde zugelassen werden, wenn durch zweckmäßige Isolierung des Bodens und ausreichende Licht- und Luftzufuhr den gesundheitlichen Anforderungen entsprochen ist. Unter dem Dach liegende Räume dürfen als Arbeitsräume nur dann benützt werden, wenn das Dach mit geröhrt und verputzt Beschaffenheit versehen ist.

mindestens 2,60 Meter, anderenfalls mindestens 3 Meter hoch sein. Die Räume müssen mit Fenstern versehen sein, welche nach Zahl und Größe genügen, um für alle Arbeitsstellen ausreichendes Licht zu gewähren. Die Fenster müssen so eingerichtet sein, daß sie zum Zwecke der Lüftung ausreichend geöffnet werden können. Arbeitsräume mit schräglaufer Dache dürfen im Durchschnitt keine geringere als die im Absatz 1 bezeichnete Höhe haben.

2. In Arbeitsräumen, in welchen die Herstellung von Lettern und Stereotypplatten erfolgt, muß die Zahl der darin beschäftigten Personen so bemessen sein, daß auf jede mindestens fünfzehn Kubikmeter Luftraum entfallen. In Räumen, in welchen Personen nur mit andern Arbeiten beschäftigt werden, müssen auf jede Person mindestens zwölf Kubikmeter Luftraum entfallen. In Fällen vorübergehenden außerordentlichen Bedarfs kann die höhere Verwaltungsbehörde auf Antrag des Unternehmers eine höhere Besetzung der Arbeitsräume für höchstens dreißig Tage im Jahre insoweit gestatten, daß mindestens zehn Kubikmeter Luftraum auf die Person entfallen.

4. Die Räume müssen mit einem dichten und festen Fußboden versehen sein, der eine leichte Beseitigung des Staubes auf feuchtem Wege gestattet. Holzene Fußböden müssen glatt gehobelt und gegen das Eindringen der Risse geschützt sein. Die Wände und Decken müssen, soweit sie nicht mit einer glatten, abwaschbaren Bekleidung oder mit einem Blarbenanstrich versehen sind, mindestens einmal jährlich mit Kaltfrisch angestrichen werden. Die Bekleidung und der Blarbenanstrich müssen jährlich einmal abgewaschen und der Blarbenanstrich, wenn er ladiert ist, mindestens alle zehn Jahre, wenn er nicht ladiert ist, alle fünf Jahre erneuert werden. Die Seherpulte und die Regale für die Letternkasten müssen entweder ringsherum dichtschließend auf dem Fußboden aufliegen, so daß sich unter denselben kein Staub ansammeln kann, oder mit so hohen

3. Die Räume müssen, wenn auf eine Person wenigstens fünfzehn Kubikmeter Luftraum kommen.

Zügen versehen sein, daß die Reinigung des Fußbodens auch unter den Pulten und Schriftregalen leicht ausgeführt werden kann.

5. Die Arbeitsräume sind täglich mindestens einmal gründlich zu lüften. Ferner ist dafür Sorge zu tragen, daß in ihnen ein ausreichender Luftwechsel während der Arbeitszeit stattfindet.

6. Die Schmelztaffel für das Lettern- und Stereotypenmetall sind mit gut ziehenden, ins Freie oder in einen Schornstein mündenden Abzugsvorrichtungen (Gangstrichtern) für entstehende Dämpfe zu überdecken. Das Leatern des Metalls und das Ausschmelzen der sogenannten Kräfte darf nur in besonderen Arbeitsräumen, in andern nur nach Entfernung der mit diesen Vorrichtungen nicht beschäftigten Arbeiter erfolgen.

7. Die Räume und deren Einrichtungen, insbesondere auch Wände, Gesimse, Regale, sind zweimal im Jahre gründlich zu reinigen. Die Fußböden sind täglich mindestens einmal durch Abwaschen oder feuchtes Abreiben vom Staube zu reinigen. Bei Fußböden aus Holz und solchen mit Linoleumbelag kann das tägliche Abwaschen oder feuchte Abreiben für den Fall unterbleiben, daß sie mit einem nicht trocknenden Mineralöl gestrichen sind und täglich abgeseigt werden. Der Ölstrich muß auf Holzfußböden nach längstens acht Wochen, auf Linoleumfußböden nach längstens zwei Wochen erneuert werden.

8. Die Letternkasten sind, bevor sie in Gebrauch genommen werden und solange sie in Benutzung stehen, nach Bedarf, mindestens aber zweimal im Jahre zu reinigen. Das Ausblasen der Kasten darf nur mittels eines Malebälges im Freien stattfinden und jugendlichen Arbeitern nicht übertragen werden.

9. In den Arbeitsräumen sind mit Wasser gefüllte und täglich zu reinigende Spundnäpfe, und zwar mindestens einer für je fünf Personen, aufzustellen. Das Ausspucken auf den Fußboden ist von den Arbeitgebern zu untersagen.

10. In jedem Arbeitsraum ist ein von der Ortspolizeibehörde zur Bestätigung der Richtigkeit seines Inhalts unterzeichneter Auszug anzubringen; aus dem ersichtlich ist: a) die Länge, Breite und Höhe des Raumes; b) der Inhalt des Luftraumes in Kubikmeter; c) die Zahl der Arbeiter, die demnach in dem Arbeitsraume beschäftigt werden darf. In jedem Arbeitsraum muß ferner an einer in die Augen fallenden Stelle eine Tafel aushängen, die in deutscher Schrift die Bestimmungen unter I wiederholt.

III. Für die bei dem Erlass dieser Bekanntmachung bereits im Betriebe stehenden Anlagen können während der ersten zehn Jahre nach Erlass dieser Bekanntmachung auf Antrag des Unternehmers Abweichungen von den Vorschriften unter I Ziffer 2 und 3 durch die höhere Verwaltungsbehörde zugelassen werden. Jedoch darf für die Arbeitsräume eine geringere als die unter I Ziffer 3 bezeichnete Höhe nur dann zugelassen werden, wenn jedem Arbeiter ein Luftraum in Gießereien von mindestens fünfzehn Kubikmeter, in Sehereien von mindestens zwölf Kubikmeter gewährt wird. Ein geringerer als der unter I Ziffer 2 bezeichnete Luftraum darf in Gießereien nur bis zur Grenze von je zwölf Kubikmeter, in Sehereien nur bis zur Grenze von je zehn Kubikmeter und nur unter der Bedingung zugelassen werden, daß durch künstliche Ventilation für regelmäßige Lufterneuerung ausreichend gesorgt und die künstliche Beleuchtung so eingerichtet ist, daß weder strahlende Wärme noch die Arbeiter belästigende Verbrennungsprodukte in die Arbeitsräume gelangen.

IV. Die vorstehenden Bestimmungen treten für neu zu errichtende Anlagen sofort in Kraft.

Es ist notwendig, wie wir vor Wochen schon einmal hervorhoben, daß über die Einhaltung dieser Bundesratsvorschriften besser gewacht

10. Für die Seher sowie die Gießer, Polierer und Schleifer sind in den Arbeitsräumen oder in deren unmittelbarer Nähe in zweckentsprechenden Räumen ausreichende Wascheinrichtungen anzubringen und mit Seife auszustatten; für jeden Arbeiter ist wöchentlich mindestens ein reines Handtuch zu liefern. Soweit nicht genügende Wascheinrichtungen mit fließendem Wasser vorhanden sind, muß für höchstens je fünf Arbeiter eine Wascheinrichtung eingerichtet werden. Es muß ferner dafür gesorgt werden, daß bei der Wascheinrichtung stets reines Wasser in ausreichender Menge vorhanden ist und daß das gebrauchte Wasser an Ort und Stelle ausgeossen werden kann. Die Arbeitgeber haben mit Strenge darauf zu halten, daß die Arbeiter jedesmal, bevor sie Nahrungsmittel innerhalb des Betriebs zu sich nehmen oder den Betrieb verlassen, von der vorhandenen Wascheinrichtung Gebrauch machen.

11. Kleidungsstücke, welche während der Arbeitszeit abgelegt werden, sind außerhalb der Arbeitsräume aufzubewahren. Innerhalb der Arbeitsräume ist die Aufbewahrung nur gestattet, wenn dieselbe in verschließbaren oder mit einem dichtschließenden Vorhänge versehenen, gegen das Eindringen von Staub geschützten Schränken erfolgt. Die Lehteren müssen während der Arbeitszeit geschlossen sein.

12. Alle mit erheblicher Wärmeentwicklung verbundenen Beleuchtungseinrichtungen sind derart anzuordnen oder mit solchen Schutzvorkehrungen zu versehen, daß eine belästigende Wärmeabstrahlung nach den Arbeitsstellen vermieden wird.

13. Der Arbeitgeber hat, um die Durchführung der unter Ziffer 8, 9 Absatz 2, 10 Absatz 3 und II getroffenen Bestimmungen zu regeln und sicherzustellen, für die Arbeiter verbindliche Vorschriften zu erlassen. Werden in einem Betriebe in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt, so sind diese Vorschriften in die nach § 134a der Gewerbeordnung zu erlassende Arbeitsordnung aufzunehmen.

wird. Die gesundheitlichen Verhältnisse unserer Kollegen sind in weitem Maße hiervon beeinflusst. Die strengere Einhaltung bezieht sich aber auch darauf, wo allein das Verhalten der Beschäftigten in Betracht kommt. Vielfach fordern die örtlichen Vorstände schon zu größerer Wachsamkeit auf. Sie sind auch am besten geeignet, die einlaufenden Beschwerden zu prüfen und, wenn eine Abstellung der Mißstände anders nicht zu erreichen ist, bei der Fabrikinspektion Anzeige zu erstatten. Die Revisionen der gewerblichen Anlagen werden bekanntlich noch nicht wieder in dem Umfange vorgenommen, als es in der Vorkriegszeit der Fall war.

Die Bundesratsvorschriften vom 31. Juli 1897 sollen aber erweiterte Anwendung finden. Wie aus der Berichterstattung über den Hamburger Verbandstag hervorgegangen ist, verlangen die Stereotypen auch Einbeziehung der galvanoplastischen Anstalten. Ferner sollen für die Sekundärschneidemaschinen sechs Bestimmungen in Anwendung gebracht werden, die sich ebenso notwendig erweisen wie die Erfassung der galvanoplastischen Anstalten. Der Verbandsvorstand hat schon entsprechenden Antrag bei der Reichsregierung gestellt und der Maschinensektion hat dieses Vorhaben bearbeitet. Nachdrücklich seien diese zweierlei Forderungen auch an dieser Stelle geltend gemacht. Die in Betracht kommenden Unternehmungen gehen wahrhaftig nicht zugrunde, wenn sie diesen an sich berechtigten und auch gar nicht schwer durchführbaren sanitären Ansprüchen gegenüber Bereitwilligkeit zeigen.

Gewerbehygiene

Ein inhaltreiches, bedeutungsvolles Wort. Eine ganze Welt voll Lebensglück, Lebensgenuss, Lebensfreude und Arbeitsfreude ist in diesem Wort enthalten. Ungefähr drei Viertel seines Lebens, abgesehen vom Schlaf, bringt man in den Betrieben zu. Arbeitet man in gesunden, hygienisch-einwandfreien Räumen, dann geht man ebenso freudig zur Arbeit, wie man zurück nach seinem Heim geht. Dann ist die Arbeit das, was sie sein soll: Selbstzweck des Lebens. Ist man aber in schmutzigen, staubigen, mit giftigen Gasen geschwängerten Räumen beschäftigt, dann geht man mit Anlust zur Arbeit. Diese Anlust gibt auch der fertigmachenden Arbeit ihren Stempel. Morgens beim Aufwachen denkt man mit Schrecken daran, daß man in die Dreckkude wieder hinein muß. Dieses alles prägt sich auch in das Seelenleben des Betroffenen ein. Er verkümmert an Leib und Seele und wird seines Lebens nicht froh. Darunter leidet dann auch die ganze Familie. Wollen wir die allgemeine Volksgesundheit heben, dann müssen neben gesunden Wohnungen gesunde Arbeitsräume geschaffen werden. In dieser Beziehung ist es in vielen mittleren und kleineren Druckereien schlecht bestellt. Die Gewerbeinspektion ist anscheinend auf ihren Lorbeeren eingeschlafen. Seit Anfang des Krieges hat man selten so ein Stück Gewerbeamt zu sehen bekommen. Kommt mal einer, dann nur in Begleitung. Von einer Änderung der bestehenden unhygienischen Verhältnisse ist aber nichts zu merken. Wird der Betriebsrat vorstellig, dann ist entweder kein Geld da, oder es wird versprochen, aber nicht gehalten. Wenn das Personal sich nicht manchmal für das Allerwunderseligste einsetzt, dann läßt es sich noch viel trauriger aus. Dabei haben wir Bundesrats- und Unfallverhütungsvorschriften. Was nutzen uns die schönsten Arbeiterschutzgesetze, wenn sie nicht durchgeführt werden?

So sind die Tatsachen. Etwas anderes sind die Behauptungen; die auf der Jahresversammlung der deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft gefallen sind. Herr Artur Schölem (Vorstand der Berliner Ortskrankenkasse für Buchdrucker) scheint die Praxis unbekannt zu sein. Er beurteilt die Bleikrankheit anscheinend nur von seinem grünen Vorstandstisch aus, vor sich eine Statistik liegend: Ein bis zwei Fälle. Statistiken trügen oft. Wenn jemand krank geschrieben und bei der Kasse gemeldet wird auf Grund einer vom Arzt festgestellten Bleikrankheit, dann ist dies ein besonders schwerer Fall. Die meisten Bleierkrankungen sind leichter Art, sind nicht mit Arbeitsunfähigkeit verbunden und werden nicht der Krankenkasse gemeldet. Sie äußern sich in Magen-, Darm-, Zahnerkrankungen usw. Da die meisten Geheilen die Gefahr erkennen und vorbeugen, bleibt es meistens bei diesen leichten Erkrankungen. Aber die Gefahr einer schweren Bleivergiftung bleibt trotzdem bestehen und wird besonders bedrohlich, wenn die Bundesratsvorschriften nicht streng innegehalten werden. Herr Artur Schölem stellt die Behauptung auf, der Bleistaub könne wegen seiner Schwere nicht in der Luft herumwirbeln. Ich lade hiermit Herrn Schölem ein, im nächsten Sommer, wenn die Sonnenstrahlen so schön heiß durch die Fenster scheinen, uns mal zu besuchen, dann werde ich ihm den glühenden Bleistaub in den Sonnenstrahlen ohne Mikroskop einwandfrei nachweisen. Der Vorstand der Berliner Buchdrucker-Ortskrankenkasse sollte seinem Vorstehen mal begreiflich machen, daß er durch solche Ausführungen die Interessen der Krankenkassen schädigt. Und wenn so ein tüchtiger Fachmann wie Herr Säuberlich sich auch noch auf dieses unsäuberliche Gebiet begibt, dann — muß man sich erst mal sammeln und sich fragen, warum man in seiner dreißigjährigen Berufstätigkeit nicht auch schon längst diesen Stein der Weisen entdeckt hat. Wenn die gesundheitlichen Verhältnisse der Geheilen in den letzten Jahrzehnten einigermaßen befriedigend waren, so liegt das in den Bundesratsvorschriften begründet, die vor dem Kriege auch am größten Teil durchgeführt wurden. Wollen die Herren die Verhältnisse wieder einführen, wie sie im vorigen Jahrhundert waren, wo ein großer Teil der Geheilen an der Schwindsucht zugrunde ging? Nein, und abermals nein, die Bundesratsvorschriften sind keine Schikane für die Buchdruckerbetriebe, sie sind unbedingt notwendige Betriebsvorschriften zur Erhaltung der menschlichen Maschine. In ihren Zeitungen schreiben die Herren viel von Förderung der Volksgesundheit, aber in ihren Betrieben wollen sie Raubbau treiben an der Volksgesundheit. In den Bureaus und den

Wohnungen dieser Herren wird jeden Tag gewischt und gebohrt. Warum wohl? Um Antwort wird gebeten. Ich stelle dasselbe Verlangen auch für die Betriebsräume, besonders in unserm Beruf, wo der Geist und die Nerven angestrengt arbeiten müssen.

Also nicht Abbau, sondern Ausbau der Bundesratsvorschriften ist notwendig, wenn wir die Volksgesundheit haben wollen. Die Gewerbeaufsicht muß viel strenger durchgeführt werden. Zu diesem Zweck ist es notwendig, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten aus der Praxis genommen werden, die nur für ihren gelehrten Beruf zuständig sind. Wenn dies für einen einzelnen Ort nicht durchzuführen ist, dann muß es bezirksweise geschehen. Ein Sachmann ist, wenn er eine fremde Buchdruckerei betritt, gleich im Bilde, was geschieht und was unterlassen wird. Er wird sich nicht nur auf äußerlichkeiten, z. B. Spucknapfe, beschränken, sondern er wird sich auch in einem abgelegenen Winkel einige Seklärten ansehen. Er wird es auch gleich dem Fußboden ansehen, was hier nottut. In den Maschinenwerkstätten und in der Stereotypie wird er besonders auf eine ausreichende Lüftung sein Augenmerk richten. Es wäre eine dankbare Aufgabe für unsern Verbandsvorstand, in diesem Sinne bei der Regierung zu rufen. Wenn unsere Prinzipale diesen Weg mit uns gemeinsam gehen wollen, dann erst haben sie ein Recht, von Volksgemeinschaft und Volksgesundheit zu schreiben.

Serford.

E.

Korrespondenzen

Berlin. Brandenburgischer Maschinenseherverein.

In der Versammlung am 14. September hielt Kollege Reintbal einen Vortrag über die neue Typsetzmaschine „Dublow“. Die Versammelten folgten seinen Ausführungen mit großem Interesse, konnte doch der Vortragende auf der Maschine geöffnete Zeilen in großer Schrift und Einzelbuchstaben bis zu zwölf Cicero Höhe zeigen. In seinen „Vereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende die Arbeitslosenstatistik der letzten Wochen bekannt, wobei er feststellte, daß zurzeit auch einige Maschinenseher arbeitslos waren. Zur Erledigung der Vorarbeiten zum 25jährigen Stiftungsfest wurde ein Festausschuß gebildet. Den Bericht vom Spartenkongreß gab Kollege K r e t s c h m e r über die uns speziell interessierenden Verhandlungen des Verbandstages Bericht erstattete. Beide Redner entledigten sich ihrer Aufgabe in vorzüglicher Weise. Eine Debatte fand nicht statt, so daß Kollege L e d e r volles Einverständnis mit den dort gefaßten Beschlüssen feststellen konnte. Unter Leitung des Kollegen Reintbal finden im Winterhalbjahr wieder zwei Parallelfortbildungskurse für Linotypseher im „Vorwärts“-Betriebe statt. Zur Aufnahme meldeten sich 21 Kollegen. Nächste Versammlung am 2. November.

Eisenach. Am 14. September fand die konstituierende Bezirksversammlung des aus der Teilung des Bezirks Gotha hervorgegangenen Bezirks Eisenach statt. Dem neuen Bezirk gehören neben dem Vorort die Prudorte: Brotterode, Dorndorf, Friedrichroda, Georgenthal, Gerstungen, Gotha, Bad Liebenstein, Rastennordheim, Obersuhl, Ohrdruf, Ruhla, Salzungen, Schmalkalden, Stablengsfeld, Steinbach-Sallenberg, Tamswag, Treffurt, Wacha und Waltershausen an. Die Bezirksversammlung war besucht von Mitgliedern aus den Mitgliedschaften: Eisenach, Friedrichroda, Gotha, Ohrdruf, Ruhla, Salzungen-Liebenstein-Wacha, Schmalkalden und Waltershausen. Die Beteiligung war in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse als gut zu bezeichnen. Der vom Vorort provisorisch gewählte Vorsitzende B l e i s c h begrüßte die erschienenen Kollegen und gab einen kurzen Bericht über die erfolgte Teilung des Bezirks Gotha und über die vom letzten Gau-tag beschlossene Neugründung des Bezirks Eisenach. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, wartete der „Eisenacher Arbeiter-Sängerkor“ mit einem vorzüglich vorgetragenen Begrüßungslied auf, das von den Versammlungsteilnehmern mit reichem Beifall aufgenommen wurde. Die Versammlung beschäftigte sich im ersten Teil mit dem organisatorischen Aufbau des neuen Bezirks. Das vom provisorischen Vorstand vorgelegte Statut fand die Zustimmung der Versammlung. Der vom Vorort vorgeschlagene Vorstand (Vorsitzender M a r z l e i s c h, Kassierer D t t o s t ö d t) wurde mit übergroßer Mehrheit gewählt. Ebenso wurde die Einführung des „Korr.“-Obligatoriums fast einstimmig beschlossen. Der Bezirksbeitrag beträgt bis zum 31. September 10 Pf. und ab 1. Oktober 15 Pf. pro Woche. Im zweiten Teil der Versammlung gab Kollege T e i c h m a n n (Namburg) einen Bericht vom Hamburger Verbandstage. Trotdem von der Opposition zu den dort gefaßten Beschlüssen scharf Stellung genommen wurde, wurden von der übergroßen Mehrheit die gefaßten Beschlüsse gutgeschrieben. Die Versammlung nahm einen harmonischen Verlauf. Die den auswärtigen Kollegen bis zum Abgang der Züge noch verbleibende Zeit wurde zu Besichtigungen der Sehenswürdigkeiten Eisenachs benutzt.

Siebertsd. Unsere Bezirksversammlung am 14. September hätte in Anbetracht der Wichtigkeit der Berichterstattung vom Verbandstage besser besucht sein dürfen. Besonders die Kollegen vom Vorort müssen sich in Zukunft zahlreicher einfinden. Anwesend waren Kollegen von Solingen, Wald, Ohligs und Welbert. Vor Eröffnung der Versammlung erkundete der Gesangsverein „Gutenbergs“ die Anwesenden mit einem Liebes. Hierauf gab Vorsitzender W e b e r ein anschauliches Bild vom Verbandstage, die einzelnen Anträge und Resolutionen besonders beleuchtend. Die Diskussion war eine sehr rege und beschäftigte sich hauptsächlich mit der Errichtung des Verbandshauses und der Beitrags-erhöhung. Die Ansicht war, daß man wohl den Platz sich hätte sichern können, daß aber mit dem Bauen doch noch etwas gewartet werden

mußte. In erster Linie müsse für die Mitglieber gesorgt werden. Auf der einen Seite sei man sehr freigebig gewesen, auf der andern Seite, in Unterstufungsfragen, hielt man sich sehr zurück. Auch bezüglich der Spartenforderungen war man der Meinung, allen zu weit gehenden Forderungen ein Ziel zu stecken, damit nicht der größte Teil der Kollegen im Lohne erheblich zurückgebrannt werde. Die Liebe und Treue der Kollegen zur Organisation hänge hiervon ab. Die Behandlung der Faktorenfrage wurde als ein tatsächlicher Fehlschlag bezeichnet. Mit der Lohn- und Tarifpolitik erklärte man sich einverstanden, ebenso mit der Erledigung der Lehrlingsfrage und der Offizierfrage. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Wald bestimmt.

Halleberstadt. Unsere am 14. September in W e r n i a e r o d e stattgefundene Bezirksversammlung war aus allen Orten gut besucht. Die tariflichen Verhältnisse im Bezirk sind nach den Berichten der Ortsvorsitzenden gute. In sehr eingehenden Ausführungen gab Kollege B a h n einen Überblick über die in Hamburg geleistete Arbeit. Die Diskussion war eine rege und man erklärte sich im allgemeinen mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden. Auch gab man seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Verbandstag in voller Einigkeit verlaufen sei. Im Schlußwort ging Kollege B a h n auf die vorabgebrachten Einwendungen betreffend Malfeiertage, Kündigung des Lohnabkommens, Beiträge und Verbandshausneubau ein, um darauf hinzuweisen, daß diese Beschlüsse notwendig waren. In der Diskussion wurde weiter die Zusammenlegung der letzten zehn Bezirke im Gau in vier bzw. fünf und die Abhaltung von Territorialversammlungen gewünscht. Mit einem gemeinsamen Spaziergange in die schönen Harzberge erreichte die ahregend verlaufene Bezirksversammlung ihr Ende.

Halle a. S. Am 14. September fand hier unsere H e r s t - B e z i r k s v e r s a m m l u n g statt. Nach zwei vortrefflich vorgetragenen Gesangsvorträgen des Gesangsvereins „Gutenbergs“ (Halle) hieß Vorsitzender W i e l e p die Erschienenen herzlich willkommen, besonders den als Referenten gewonnenen Kollegen H e s s e l b a r t h (Weipzig). Nach Ergänzung des Bureau erhielt dieser das Wort zur Berichterstattung über die Generalversammlung des Verbandes in Hamburg. In seinen Ausführungen verstand es der Referent, in leicht verständlicher Weise ein anschauliches Bild über den Verlauf der Verhandlungen des Verbandstages zu entwickeln. In der sich anschließenden Aussprache traten zwei Redner der Opposition auf, die sich nicht mit dem gegebenen Berichte befanden, sondern die Ausführungen unseres Gauvorsitzers auf dem Verbandstage einer Kritik unterzogen. Zwei weitere Redner erklärten sich mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden. Kollege G i e l e r (Halle) wies die gegen den Gauvorsitzer gerichteten Angriffe zurück. In seinem Schlußwort geißelte Kollege H e s s e l b a r t h ebenfalls die gegen Kollegen Könia gerichteten Anwürfe, und es gelang ihm, in sachlicher Weise, vielfach von Zwischenrufen unterbrochen, die Opposition in ihre Schranken zurückzuweisen. Eine vom Kollegen Dojenski (Merseburg) eingereichte, gegen 17 Stimmen angenommene Resolution hatte folgenden Wortlaut: „Die am 14. September 1924 im Volkspark“ zu Halle tagende Versammlung des Bezirks Halle im Verbands der Deutschen Buchdrucker hat von den Beschlüssen des Verbandstages Kenntnis genommen und spricht diesem das vollste Vertrauen aus.“ Das Referat des Vorsitzenden „Die Betriebsvertretung“ wurde der vorgeschrittenen Zeit wegen von der Tagesordnung abgeseht. Doch ermahnte der Vorsitzende die Kollegen kurz, die Betriebsvertretung nicht fallen zu lassen, sondern dieser wichtigen Einrichtung die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Damit erreichte die Versammlung gegen 2 1/2 Uhr ihr Ende. Anwesend waren 191 Kollegen, und zwar aus Halle 110, Delitzsch 8, Eisenhütten 13, Eisleben 23, Merseburg 24, Querfurt 6, aus Scheibitz und Teuschenthal je ein Kollege sowie fünf Durchreisende.

Ss. Kaiserslautern-Pirmasens. Am 14. September fand in Waldsiedel eine gemeinsame Bezirksversammlung der Bezirke Kaiserslautern und Pirmasens statt, in welcher Kollege M a y (Kaiserslautern) Bericht über den Verbandstag in Hamburg erstattete. In eingehenden Ausführungen ließ er die Verhandlungen des Verbandstages Revue passieren, hierbei die einzelnen Beschlüsse besonders hervorhebend. Die einsetzende Diskussion war eine sehr lebhaft. Die Kollegen D ö h m, M ü n s t e r m a n n, W o o g, B a c h e r und Z e h e t n e r wandten sich in meist sachlichen Ausführungen gegen den Beschluß betreffs der Erhebung eines Verbandsbeitrages. Die Erhebung eines Extrabeitrages zur Anflammerung eines Kampffonds hätte bei den Kollegen noch Verständnis gefunden, da ein derartiger Beitrag der Allgemeinheit der Kollegen gedient hätte. Wenn es aber jetzt heißt, erst Verbandshaus — dann Kampffonds, so sei dies ein Non Sens. Demgegenüber vertraten die Kollegen D a h l und S e r i n g den Standpunkt, daß der beschrittene Weg der richtige sei. Der Referent verfuhrte in seinem Schlußwort nochmals, den Beschluß des Verbandstages in dieser Angelegenheit als eine Notwendigkeit darzustellen und forderte die Kollegen auf, für die Durchführung der Beschlüsse zu wirken. Bei einem weiteren Tagesordnungspunkt, der die beabsichtigte Zusammenlegung der Bezirke Kaiserslautern und Pirmasens betraf, kam in der Diskussion klar zum Ausdruck, daß eine Zusammenlegung der Bezirke schon wegen der geographischen Lage nicht zu denken sei. Die beiden Bezirksvorsitzer wurden dementsprechend beauftragt, auf der Bezirksvorsitzertagung die durchaus ablehnende Stellungnahme der Mitglieber zu vertreten.

K. Mainz. Der Hauptpunkt in der Bezirksversammlung am 12. September war die Berichterstattung über den Verbandstag in Hamburg. Kollege W e y r i c h entledigte sich dieser Aufgabe in bester Weise. Eingehend schilderte er die Schwierigkeiten, die der Verband in den letzten Jahren durchzukämpfen hatte. Besondere Beachtung verdienten seine Ausführungen in der Frage des Achtfundentages. Die

ganze Arbeiterschaft sehe ihre Hoffnung auf die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, das die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit vorsteht. In der Frage des Induktiververbandes waren alle Stimmen ablehnend. Zustimmung fanden die gemachten Beschlüsse betreffend die Zugehörigkeit zu nationalen Verbänden. Besonders sei noch hervorgehoben, daß die Arbeit der Redaktion lobende Anerkennung fand. In der Reiseleiterfrage herrschten gemischte Gefühle. Die beste Lösung sei die gesetzliche Festlegung, damit wäre die Sache endgültig erledigt. Mit dem Verbandshausneubau sind die Kollegen einverstanden. Kritisiert wurde, daß ein Verbandshaus nicht schon vor dem Kriege gebaut wurde, wo die Sache zweifellos wesentlich billiger gekommen wäre. Lebhaftige Diskussion und Widerspruch fand die vom Verbandsvorstand genehmigte Wiederaufnahme eines ausgeschlossenen Mitgliedes. Der Bericht des Referenten führte größtenteils zu ruhigen und sachlichen Ausführungen, die von einer lebhaften Anteilnahme zeugten. Bei Punkt 3 der Tagesordnung wurde der Bezirksbeitrag herabgesetzt. Die Versammlung nahm einen würdigen Verlauf.

S.-g. Blauen i. R. Zur zweiten Bezirksversammlung am 14. September im „Schillergarten“ hatten sich 100 Kollegen aus den Druckorten Blauen, Reichenbach, Dörsch, Greiz, Marktneukirchen, Treuen, Auerbach, Falkenstein, Elfeld, Klingenthal eingefunden. Der Ortsverein Blauen war wohl wegen des „Tages der Republik“ schwach vertreten. Wegen Verhinderung des ersten Vorsitzenden eröffnete Kollege **V i n k e** die Versammlung und gedachte zunächst eines verstorbenen Kollegen, dessen Gedanken die Anwesenden in üblicher Form ehrten. In die Anstellungskommission des Hauses wurden zwei Kollegen gewählt. Hierauf erhielt Kollege **K r a s s e r** (Zwidau) das Wort zum „Bericht über den Verbandstag“. Er bezeichnete diesen Verbandstag als einen Markstein in der Geschichte der Buchdruckerbewegung und ging dann auf alle Verhandlungspunkte in seiner bekannten objektiven Weise ein. Alle Anwesenden folgten dem Vortragenden sehr aufmerksam und spendeten am Schluß reichen Beifall. Es folgte eine anregende Aussprache. Nachdem noch einige Bezirksangelegenheiten ihre Erledigung gefunden, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Stuttgart. Der Bericht über die letzten Lohnverhandlungen in Berlin und den Verbandstag in Hamburg beschäftigte die **M i t t e l d e r v e r s a m m l u n g** am 10. September. Der Referent über die Lohnverhandlungen, Kollege **K l e i n**, zeigte die bei diesen aufgetretenen Schwierigkeiten in gewandten, sachlichen Ausführungen auf, während Kollege **S c h r ö t e r** die auf dem Verbandstag geleistete Arbeit in knappen Umrissen einer Würdigung unterzog. In der Kritik über beide Referate kam allgemein starke Unzufriedenheit über den Ausgang der Lohnverhandlungen zum Ausdruck. Es wurde nachdrücklich gefordert, daß die Organisation alle Mittel einsetze, um die Bescheidenen, zum Leben unerlässlichen Forderungen der Gehilfen durchzusetzen. So sei das Leben überhaupt nicht mehr lebenswert. Der Geschäftsgang von heute und besonders die geforderten Druck- und Zeitungspreise ermöglichen ein Entgegenkommen recht wohl. Löhne anderer Gewerbe hätte man früher nie gelassen, sie könnten auch heute für uns nicht maßgebend sein. Die Gehilfenschaft Stuttgarts sei zu allem bereit. Ganz auch die auf dem Verbandstag geleistete Arbeit volles Verständnis, so kam doch bei der Kritik die Unzufriedenheit über die ungenügende Lösung der Offsetfrage und über die Erhebung von Beiträgen für das Verbandshaus zum Ausdruck. Bei den hohen Abzügen von heute seien Erhöhungen kaum tragbar. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Besprechung der Anträge zum Gauland und zur Generalversammlung des Unterstützungsvereins von der Tagesordnung abgesetzt.

dieses hochgeachteten Mannes und hatte in Gegenwart seiner Gattin ein eingehendes Verhör zu bestehen. „Ja, wie kommen Sie dazu, als gelernter Buchdrucker sich gerade die Stelle eines Dieners auszusuchen, wo es doch für Sie weit passendere Berufe gibt? Sie scheinen sich einen falschen Begriff von der Tüchtigkeit eines Dieners zu machen usw.“ Auf meine Erwiderung, daß ich jung sei und alles zur Zufriedenheit glaube verrichten zu können, daß ich insolge Streiks in einer größeren Druckerei aber ohne Beschäftigung wäre und Arbeit annähme, wo und wie sie sich nur biete, meinte die Frau Professor, sie könne es nicht begreifen, wenn die Buchdrucker, wie überhaupt die Arbeiter, bei irgendeinem Zwischenfall mit dem Arbeitgeber gleich die Arbeit niederlegen. Der Herr Professor fand mein Vorhaben, irgendeine andre Arbeit zu übernehmen, jedoch durchaus lobenswert, fand auch für die Niederlegung der Arbeit keinen Tadel, ja, seine Gattin belehrend sagte er: „Der Streik ist die einzige Waffe, die dem Arbeiter zur Verfügung steht, sofern eben ergebnislose Verhandlungen mit dem Arbeitgeber vorangegangen sind.“ Belam ich auch die Dienestelle nicht, so gab mir dies doch den Ansporn, gestützt auf unsre Organisation, auf die Wanderschaft zu gehen und einen Teil der schönen Welt kennen zu lernen.

Zur Bleigefährdung in den Schriftgiebereien. Die „Klinische Wochenschrift“ brachte in ihrer Nummer vom 26. August folgende beachtenswerte Mitteilung über Bleigefährdung: Bei einwandfreier Raumgestaltung, Belüftung und Reinhaltung kann die Bleigefährdung, insbesondere in den eigentlichen Schriftgiebereien gering sein. So betrug der Bleigehalt des Staubes einer vor vier Wochen frisch geweißten Gießerei nur 0,17 Proz.; in andern Betrieben, insbesondere in den Stereotypenbetrieben von Buch- und Zeitungsdruckereien, war der Bleigehalt ein sehr hoher: 2,39, 4,7, 6,7, 11,6, 14,01 Proz., ohne in unmittelbarem Verhältnis zur Anzahl der Gießplätze und zur Größe des Raumes zu stehen; doch war in dem in einem Keller gelegenen Schmelzraum der Bleigehalt 12,6 Proz. in dem dazu gehörigen hohen und luftigen Stereotypieraum nur 0,7 und 2,6 Proz. Der bloße Augenschein der Reinlichkeit genügt nicht — in einigen von den Gewerbeauftragten als „sauber“ bezeichneten Betrieben fand man Bleigehalt von 7,81 bis 13,66 Proz.; das Wichtigste ist, ob die in der geltenden Verordnung vorgeschriebene Reinigung tatsächlich stattgefunden hat, dann fand man Zahlen wie 0,86, 0,51, 0,68 Proz. Die Verhältnisse in den eigentlichen Schriftgiebereien sind zu trennen von den großen Stereotypen in Zeitungsdruck und den meist nur in oft recht beschränkten Nebenräumen untergebrachten Stereotypen der Buch- und Altsendendruckereien. Verdampfen von Gießmasse ist keineswegs ausgeschlossen; ob die Abzugsvorrichtungen immer aut wirken, ist fraglich. Bleiteilchen werden überall im Raume gefunden, erscheinen mikroskopisch als feiner dunkler Flugstaub, aber auch als grobe metallisch glänzende Teilchen.

Stahlhelmsbrüder gegen den Buchdruckerverband. Die in Kassel erscheinende Tagesszeitung des Jungdeutschen Ordens „Der Jungdeutsche“ beschäftigte sich vor kurzem mit der gewerkschaftsfeindlichen Charakterisierung der nationalistischen Verbände (Stahlhelm, Werwolf, Wittlingbund, Jungdo usw.) und der Technischen Nothilfe durch unsern Hamburger Verbandstag. Daß die Zugehörigkeit zu jenen Verbänden ohne weiteres den Ausschluß aus der Organisation zur Folge hat, das soll nach Ansicht der Stahlhelmsbrüder gegen die parteipolitische Neutralität verstoßen. Nationalgesinnten Buchdruckern wird deshalb empfohlen, zum Gutenbergsbund zu gehen, wo die persönliche Freiheit besser gewahrt sei als bei den freien Gewerkschaften. Danach scheint der Gutenbergsbund bei den Jungdeutschen in besonderem Ansehen zu stehen. Wir beneiden ihn nicht darum, weil wir wissen, daß mit nationalistischen Elementen kein Staat zu machen ist. Ihre Potsdämlichkeit in technischer Beziehung ist ebenso dimensional wie in geistiger Hinsicht. Diese Erfahrung haben unsre Kasseler Kollegen bei den Jungdeutschen, die vereinzelt in der dortigen Druckerei aufgetaucht sind, verschärfelt gemacht. Es handelte sich um ganz minderwertige Kräfte, die sich obendrein noch durch Anbiederung bei der Geschäftsleitung und Anschwärmung der andern Kollegen lieb Kind zu machen versuchten. Als freie Gewerkschaftler betrachten wir es als ein Verbrechen am deutschen Volk, der Jugend unter Ausnutzung ihrer Begeisterungsfähigkeit das Gift des Hasses ins Herz zu träufeln, wie es Stahlhelm, Jungdo und die übrigen nationalistischen Verbände tun. Die demokratische Republik ist die vernünftige Staatsform, nach der jedes politisch mündige Volk strebt. Deshalb gehört die Jugend der Republik. Auf diesen Standpunkt hat sich auch die kürzlich in Glatz abgehaltene vierte Reichstagung des Reichsverbandes der Deutschen Windthorst-Bünde gestellt, dem die Zentrumsjugend angeschlossen ist. Diese Tagung war bei aller starken Betonung des deutschen Gedankens und des katholischen Staatsgedankens ein stürmisches Bekenntnis zur demokratischen Republik. Der Geschäftsführer der Windthorst-Bünde, Dr. Krone, erklärte dort über die Stellung zur Republik: „Der Augenblick kommt, wo auch das Herz und Gefühl in der Einstellung zur Republik mitspricht. Es ist mehr als nüchternen Verstand, es ist die Begeisterung, die hier mitwirkt. In diesem Geiste, der nicht rationalisierend zu dieser Frage steht, sondern fühlt und lebt, stehen viele von uns mit andern, von denen wir weltanschaulich getrennt sind, im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Sollen wir ihnen das verdieten? Sollen wir ihnen das wehren, was sie mit Herz und Hand erstreben und erschauen? Wir stehen zum großdeutschen Gedanken, doch müssen wir uns als politische Bewegung schon jetzt die Frage vorlegen, gibt es eine Realisierung des großdeutschen Gedankens, und welche Wege führen zu dieser Realisierung? Nicht um diese Fragen morgen zu lösen, sondern um daran zu arbeiten, damit, wenn die Idee einmal reif ist, wir nicht mit Lampen ohne Öl dastehen.“ Ich sehe nur einen Weg der Realisierung des großdeutschen Gedankens, den auf demokratisch-republikanischer Grundlage.“ Dieser Gedanken-

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

(50jähriges Verbandsjubiläum)

Seckerinwalde Theodor Dörschlaeger in Kiel.

Allgemeine Rundschau

Nachahmenswerte Beispiele. Die Firma C. Müllers Buchdruckeri, E. und C. Müller, G. m. b. H., in Eberswalde zahlte aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums des Formularlagers dem gesamten technischen Personal einen Wochenlohn und den Angestellten ein Viertel ihres Monatsgehalts extra. In Frage kommen etwa 220 Personen. — Aus Anlaß des 75jährigen Bestehens der Firma Karl Fehne in Dippoldiswalde wurde das gesamte Personal auf einer kleinen Feier geladen und erhielt bei dieser Gelegenheit namhafte Geldgeschenke je nach der Dauer der Beschäftigung. — Anlässlich des 75jährigen Bestehens des „Dörscher Kreisblattes“ in Dörsch a. M. gab die Geschäftsleitung dem Personal ein Festessen mit anschließendem Kommerz und zahlte dem Gesamtpersonal einen doppelten Wochenlohn aus.

Erinnerung an Professor Adolf Wagner. Die bedeutungsvolle Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Stuttgart hat einem alten Berliner Kollegen folgenden Vorgang wieder in Erinnerung gebracht: Als der bekannte Nationalökonom und Vorkämpfer des Staatssozialismus Professor Dr. Adolf Wagner (geboren 1833, gestorben 1917) im Jahre 1887 einen zweiten Diener für seinen Haushalt suchte, glaubte ich mich als streitbarer Sekter für eine solche Stelle geeignet und meldete mich daher persönlich bei demselben. Ich glaubte damals, meinen Beruf „an den Tagelöhner“ zu mischen, weil ich als Streikender von der Berliner Feindlichkeit auf die „schwarze Liste“ gesetzt war. Ein Buchdrucker war ja schon früher zu allem zu gebrauchen. So kam ich also in das Haus

gang bedt sich im Prinzip auch mit der freigewerkschaftlichen Auffassung über die Republik. Für Angehörige nationalistischer Verbände, die die Herrschaft der Reaktion aufrichten wollen und die Abwendung von Demokratie und Republik betreiben, gibt es in freigewerkschaftlichen Verbänden keinen Platz.

Ein technisches Wunderkind. In der sogenannten Auslandsnummer der „Buchdruckerwoche“ vom 10. September war in marxistischer Aufmachung folgendes Inserat zu finden:

Ganz gleich wohl! Vorwärtsstrebender wirklich tüchtiger, arbeitsfreudiger Faktor, Oberfaktor Betriebsleiter und Prinzipalsohn 22 Jahre alt, seit 10 Jahre im väterlichen Betrieb tätig, in allen Sachzweigen perfekt, firm im gesamten Zeitungs- wesen, Buchhaltung, Werbung, im Verkehr mit der Publi- kation, im Maschinen- und Korrespondenz usw., sucht passenden Wirkungskreis, an liebsten Damerstellung wo es möglich zu arbeiten gibt und seine 8-Stunden- Schichten. Acht Jahre hat der Suchende an der Schnell- presse, am Regel und allen andern Hilfsmaschinen ge- arbeitet. Auch als Reisender längere Zeit in diesem Be- triebe tätig gewesen. Angebote freundlichst erbeten an W. G. S., Rehan, Wollstraße Nr. 577 (Oberfranken).

Wir sind schon manches gewöhnt aus der „Buchdruckerwoche“, aber eine derartige Ausschneiderei geht denn doch über das Bohnenlied hinaus. Acht Jahre hat der 22jährige junge Herr bereits an allen möglichen Maschinen in dem väterlichen Betriebe gearbeitet, und nebenbei ist er noch als Reisender tätig gewesen. Allerdings gab es keine Achtstundenschichten für den Allereinstimmlichen aus Rehan in Oberfranken. Man muß sich tatsächlich wundern, daß dieses Arbeitsverfö überbaut noch nach einem passenden Wirkungskreis suchen muß. Wahrscheinlich hat er den väterlichen Betrieb in Grund und Boden verfaubet, weshalb er den Schlußsatz seiner „ruhmollen“ Tätigkeit verlegen muß, um andre Prin- zipale — glücklich zu machen.

Ein Führer durch die Fachliteratur. Ein alle zurzeit im Buchhandel erhältliche Werke aus dem Gesamtgebiet der graphischen Technik und ihrer Nebenzweige umfassende Führer ist vor kurzem unter der Bezeichnung „Fachliteraturkatalog“ im Verlage des „Deutschen Buch- und Steindruckers“ erschienen. Der Katalog, der einem langgeheulenen Managel abhilft, ist von dem Verlage in vielmonatiger Arbeit in Gemeinschaft mit Fachschulen und Fachvereinigungen Deutschlands zusammengestellt worden. Ganz hervorragend hat sich auch der Rufos der Wiener Staat- lichen Graphischen Lehranstalt an der Bearbeitung des Kataloges be- teiligt. Jedem Fachmann, der um seine Fortbildung besorgt ist, kann die Beschaffung dieses Verzeichnisses nur empfohlen werden. Wie wir hören, erfolgt die Zusendung des Kataloges vollständig kostenlos. Es genügt die Mitteilung der Adresse an den Verlag des „Deutschen Buch- und Stein- druckers“, Berlin SW 61, Lellomer Straße 32.

Achtstundentag-Volksentscheid. Die drei freigewerkschaftlichen Spitzen- organisationen veröffentlichten folgenden Aufruf zum Volksentscheid über den Achtstundentag: „Die Berner Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Großbritanniens hat die inter- nationalen Voraussetzungen für eine gemeinsame Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch die wichtigsten Industrieländer Euro- pas geklärt. Nachdem die Ministerkonferenz die abweichenden Auffas- sungen der Regierungen über die Auslegung einzelner Bestimmungen des Washingtoner Abkommens festgestellt hat, wird sich der deutsche Reichstag schnellstens mit der Schaffung eines dem Washingtoner Ab- kommen entsprechenden Arbeitszeitgesetzes und der Ratifizierung des Abkommens beschäftigen müssen. Angesichts der bisher bekanntgeworde- nen Auffassung der Reichsregierung zur Arbeitszeit und des ungünstigen Drängens der deutschen Arbeitgeberverbände nach Verlängerung der Arbeitszeit ist jedoch das Schicksal eines deutschen Arbeitszeitgesetzes, das den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens entspricht, zweifelhaft. Ungewiss ist auch die Stellung des Deutschen Reiches zur Ratifizierung des Abkommens. Die Gewerkschaften haben den Volksentscheid über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorbereitet. Da der Volks- entscheid sofort durchzuführen ist, wenn der Reichstag bei der Schaffung der Gesetze verfaßt, müssen die bereits eingeleiteten Geldsammlungen zur Deckung der erheblichen Kosten des Volksentscheides mit der größten Beschleunigung fortgesetzt und durchgeführt werden. Kein Arbeiter, An- gestellter, Beamter darf sich der Pflicht entziehen, seinen Beitrag für die Finanzierung des Volksentscheides zu leisten. Für die deutschen Arbeit- nehmer gilt der Kampf um den Achtstundentag gleichzeitig der Sicherung einer sozial gerechten Verteilung der Reparationslasten. Darüber hinaus kämpfen die deutschen und die ausländischen Gewerkschaften gemeinsam für den kulturellen Aufstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Welt.“ Der auf den Verband der Deutschen Buchdrucker gemäß seiner Mitgliedszahl entfallende Beitrag zur Durchführung eines Volksent- scheides über den Achtstundentag wird aus der Verbandskasse ge- deckt werden.

Zur Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens. Die Spitzenverbände der deutschen Unternehmer und der Arbeiter und Ange- stellten sind vom Reichsarbeitsministerium über die Ergebnisse der Zu- sammenkunft der deutschen, englischen, französischen und belgischen Ar- beitsminister in Bern vertraulich unterrichtet worden. Es wurde auch festgestellt, daß nach den Erklärungen des Reichsarbeitsministers in Bern Deutschland keinesfalls beabsichtigt, im Fall einer Ratifizierung des Washingtoner Abkommens dessen Durchführung auf Grund des Artikels 14 unter Berufung auf die Lasten der Reparationsverpflich- tungen hinauszuschieben. Es kommt vielmehr eine Anwendung dieses

Artikels nur für Notlagen außerordentlicher Art in Frage, die Deutsch- lands Lebensnotwendigkeiten gefährden, beispielsweise für den Fall drohender Sanktionen. Damit ist wenigstens eine Klarstellung des Punktes erreicht, der den § 14 des Washingtoner Abkommens betrifft. Der im Dawes-Gutachten vertretene Grundsatz, daß die deutsche Arbeiterschaft in ihren Lebensbedingungen nicht schlechter gestellt sein soll als die Arbeitnehmer der andern Länder, mußte logischerweise auch die Mög- lichkeit ausschließen, daß die Alliierten im Falle der Nichterfüllung einer Verpflichtung die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland fordern können.

50jähriges Bestehen der „Ameise“. Das Verbandsorgan der Porzellanarbeiter wurde am 2. Oktober 1874 unter dem symbolischen Titel „Die Ameise“ ins Leben gerufen. Die Porzellanarbeiter bildeten ursprünglich einen der Hirsch-Dunderthron-Gewerksvereine. Am 25. Oktober 1891 be- schlossen sie indes den Austritt aus dem Gewerbeverein, um sich fortan freigewerkschaftlich zu organisieren. „Die Ameise“ hatte es bis dahin auf einer Auflage von 4000 gebracht. Heute erscheint sie als weitverbreitetes Gewerkschaftsblatt in 48 000 Exemplaren für 60 000 Mitglieder. Vor der Inflationszeit hatte ihre Auflage schon die Ziffer von 76 000 erreicht.

Der Arbeitsmarkt im August 1924. In der ungünstigen Entwicklung der letzten Monate hat, wie das „Reichsarbeitsblatt“ vom 1. Oktober mitteilte, der August einen gewissen Stillstand gebracht; vereinzelte An- zeichen lassen eine allmählich einsetzende Besserung auf dem Arbeitsmarkt erkennen. Diese Anzeichen haben sich seit Anfang September vermehrt. Die Krankenkassen berichteten, daß die Abnahme in ihrem Mit- gliederbestande im August so gut wie völlig aufgehört hat. Der Vormonat zeigte bei 5419 Kassen noch einen Rückgang um 214 702 oder 1,7 Proz. Die Inanspruchnahme der Arbeitsnachweise hat sich im August nahezu auf dem Stande des Vormonats gehalten. Die Zahl der Arbeit- suchenden zeigt eine geringe Zunahme um 3,6 Proz. Auf 100 offene Stel- len meldeten sich 436 Männer (im Vormonat 425) bzw. 220 Frauen (im Vormonat 207). Von 100 Arbeitsgesuchen konnten wie im Vormonat 23 vermittelt, von je 100 offenen Stellen 82 (im Vormonat 81) besetzt werden. Die Erwerbslosenfürsorge wurde, nachdem im August die Zahl der Unterstützungsempfänger noch gestiegen war, in der ersten Septemberhälfte etwas weniger in Anspruch genommen. Im gesamten Reichsgebiet wurden am 1. September 588 017, am 15. September 576 590 sogenannte Hauptunterstützungsempfänger gezählt, das bedeutet eine Besserung um rund 2 Proz. Zur Kurzarbeitsstatistik im August meldungen von 32 Fachverbänden vor; nach diesen arbeiteten von 2,92 Millionen Mitgliedern 803 789 oder 27,5 mit verkürzter Ar- beitszeit (im Vormonat bei 33 Verbänden unter 2,96 Millionen Mit- gliedern 28,2 Proz.). Es war also auch hier ein kleiner Rückgang zu ver- zeichnen. In den Fachverbänden (Gewerkschaften) wies die Arbeits- losigkeit im ganzen genommen unter den statistisch erfassten Mitgliedern keine weitere Zunahme mehr auf. In den 38 berichtenden Verbänden waren am 30. August unter 3 380 615 Mitgliedern 419 440 oder 12,4 Proz. arbeitslos (im Vormonat 12,5 Proz.). Über die Arbeitslosigkeit in der graphischen Industrie ergab sich nach der reichsamlichen Statistik fol- gendes Bild:

Arbeitslosigkeit der graphischen Fachverbände in Deutschland

Monat	Verband der Deutschen Buchdrucker	Hilfsarbeiterverband	Lithographen und Stein- drucker	Buch- binder	Autoren- bund	Gra- phischer Zentral- verband (christlich)	Gesamtheit aller deutschen Fach- verbände
	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.
1923							
Januar	8,4	2,6	3,5	4,5	3,9	—	4,4
Februar	8,4	2,8	3,6	4,4	5,0	1,5	5,7
März	11,3	3,1	4,8	9,8	5,2	3,0	5,7
April	11,4	8,3	5,6	8,4	4,9	3,7	7,0
Mai	11,2	8,5	5,3	7,5	3,0	18,5	6,2
Juni	11,6	5,9	2,8	5,7	4,1	19,0	4,1
Juli	8,0	5,6	3,4	4,7	3,2	16,3	3,5
August	12,9	12,1	5,1	8,0	7,0	16,3	6,3
September . .	17,8	7,3	12,4	12,3	11,5	22,9	9,9
Oktober	19,0	9,9	—	15,3	14,2	—	19,1
November . . .	26,5	21,6	15,5	24,7	10,4	—	22,4
Dezember . . .	25,4	21,2	—	32,4	15,6	—	28,2
1924							
Januar	18,8	23,8	—	27,6	8,5	54,1	20,5
Februar	13,0	15,8	—	19,6	3,4	45,5	25,1
März	5,9	10,8	4,7	11,0	2,0	28,8	16,6
April	3,8	9,6	3,6	9,1	1,1	18,6	10,4
Mai	3,1	5,6	2,0	7,0	0,4	17,1	8,2
Juni	3,8	6,3	2,1	7,5	0,9	15,4	10,4
Juli	3,9	6,4	2,4	9,6	1,3	13,8	12,5
August	3,9	8,2	2,8	12,5	1,2	7,5	12,4

Briefkasten

H. B. in Oberwalde: Bei dem starken Andrang von Versammlungsberichten ist die Erfüllung Ihres Wunsches unmöglich. — W. K. in St.: Laut und Grök. — H. P. in St.: Die Bezirksamtsverwaltung besteht bekanntlich nicht mehr; es fehlt deshalb zur Beantwortung Ihrer Fragen jeder positive Anhalt. — A. S. in R.: Bildungsverband, Leipzig, Salomonstraße 8. — A. S. in S.: Infolge Vermeidung Ihrer Ansicht über die Lohn- frage mit Dingen, deren Abänderung zwar leicht, aber öffentlich doch nicht zweckmäßig wäre, müssen wir von einem Abdruck Ihres Artikels im „Korr.“ Abstand nehmen; doch haben wir Ihre Arbeit dem Verbandsvorsitzenden zur Kenntnisnahme überandt. — G. E. in W.: Unter Streichung der Einleitung, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht, wird Ihr „Stimmungsbild“ zur Veröffentlichung kommen. Ein von Ihnen verminderter Redaktionsantritt war schon im Juli, als Ihr Brief einging, die Veröffentlichung muß jedoch aus Unmöglichkeitseründen bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden. — A. S. in Str.: Quittieren für III. Quartal. — A. S. in W.: Jnl. 112; 12, 49 94.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II. Fernruf: Amt Rufnr. Nr. 119. Postfachkonto: Berlin Nr. 102397 (B. Schweiß).

Der Verein der Maschinenmeister Paul Reizner (Hauptbuchnummer 129 723) wird gemäß dem in der vergangenen Generalversammlung unter Vorlegung aller Beschlüsse der Angehörigen Kollegen zur Sperrung freiwilliger Gaben verpflichtet, eine angemessene Ration in Summe nach unten festzusetzen...

- Samburg-Wilna. Nachstehende Kollegen werden aufgefordert, ihre Karte bis zum 10. Oktober zu erneuern, widrigenfalls Ausschluss erfolgt: G. Abel (Hauptbuchnummer 102 188), S. Augustin (109 290), G. Bartsch (21 364), Berth. Behrens (117 936), B. Bendewitz (94 004), R. Bolten (83 175), Jakob Schön (17 026), W. Ederer (117 838), Hans Eggers (21 455), R. Ederer (117 769), Karl Ertel (21 839), Erich Günther (114 710), W. H. G. (89 088), Harald Jams (102 247), Hans Jahn (117 972), R. Jandewitz (117 948), R. Jandewitz (117 296), Otto Jandewitz (117 371), R. Jandewitz (51 574), R. Jandewitz (51 555), G. Jandewitz (102 047), Hans Jandewitz (102 440), W. Jandewitz (117 740), W. Jandewitz (83 184), W. Jandewitz (83 213), S. Jandewitz (24 668), R. Jandewitz (102 268), G. Jandewitz (117 931).

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse): Im Gau Mittelhessen 1. der Seher Matthias Braun, geb. in Honsfeld 1868, ausget. in Bernfels 1918; 2. der Schweizerdegen Hermann W. H. geb. in Trier 1841, ausget. da; 1914; 3. der Drucker Albert E. geb. in Wiesbaden 1901, ausget. da; 1920; war schon Mitglied. — Friedrich Conrad in Mannheim, P. 4, 4/5. Im Gau in der Gasse der Seher Walter Rosenwald, geb. in Wiesbaden 1881, ausget. in Berlin i. F. 1908; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. d. S., K. Hauptstraße 7. Im Gau Schleswig-Holstein der Drucker Johannes S. geb. in Rortorf 1896, ausget. in Bardenheide 1918; war schon Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

Adressenveränderungen

Dtsch: Vorsitzender: Paul S. J., Wernsdorfer Straße 23.

Versammlungskalender

Dtsch: Versammlung Mittwoch, den 15. Oktober, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in der 'Schiffmühle'. Feil: Bezirksversammlung Sonntag, den 19. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, in Reichswald a. S., im 'Schiffmühl'.

Anzeigenblätter: Die sechspaltige Seite 75 Goldspg. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 75 Goldspg. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh zur jeweilig nächstfolgenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einschaltung auf Postfach (Leipzig Nr. 613 20).

Verein Leipziger Drucker Freitag, den 10. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im 'Volkshaus': Versammlung Tagesordnung: 1. Vereinsbericht. 2. Vorführung eines Films der Bogenschneidenden Maschinenfabrik Plauen über Rotationsmaschinen, Offsetbogen und Rollenoffsetmaschinen mit erläuternden Worten des Herrn Direktors G. M. 3. Verschiedenes. Zu dieser interessanten Versammlung erwarten wir das wohlwollige Erscheinen aller Leipziger Druckerkollegen. Auch die übrigen Leipziger Kollegen sowie die Beihilgen sind ebenfalls herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Verein der Stereotypen u. Galvanoplastiker Berlins und Umgegend Sonntag, den 19. Oktober, vormittags 10 Uhr, im 'Dresdener Kasino', Dresdener Straße 86: Vereinsversammlung Tagesordnung: 1. Neuauflagen. 2. Vortrag des Kollegen Bruno W. über 'Der Offsetdruck und seine Auswirkung auf unsere Sparte'. 3. Mitteilungen. 4. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das pünktliche Erscheinen aller Mitglieder. Der Vorstand.

Feier des 32. Stiftungsfestes Sonntag, den 26. Oktober, in den Gesamträumen des 'Dresdener Kasinos', Dresdener Straße 86. Konzert des Philharmonischen Orchesters. Gesang, Vorträge, Magische Kunst, Tanz in beiden Sälen. Eröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Eintritt einschl. Steuer 1,50 M. Kartenausgabe jeden Freitag im Verkehrslokal und in der Versammlung sowie bei den Mitgliedern der Vergütungskommission. Die Vergütungskommission.

Erster Akzidenzsetzer nur erste Kraft, der in modernen Druckarbeiten, in Entwurf wie in der Ausführung Bestes leistet, zu baldigem Eintritt gesucht. Herren, welche imstande sind, filigrane, geschmackvolle Arbeiten heranzubringen, bietet sich bei guter Entlohnung eine aussehensreiche Dauerstellung. Ausführliche Angebote und Küfter nachweisbar selbstgefertigter Arbeiten unter Nr. 123 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Königstraße 7, erbeten. Für unsere Akzidenzdruckerei, welche erweitert wird, suchen wir zum baldigen Eintritt einen ersten Akzidenzsetzer welcher in Satz und Entwurf selbstständig ist und für gelegene Druckarbeiten Gemüthe leistet. Ferner suchen wir einen ersten Maschinenmeister welcher an fauberes Arbeiten gewöhnt ist. Herren, welche auf Dauerstellung reflektieren, wollen ihre Angebote baldigst einreichen unter Angabe ihrer Ansprüche. Buchdruckerei 'Vollblatt', E. Graf & Co., Buchum, Hermannstraße 7.

Korrektor für wissenschaftlichen Werks mit vorzüglichen Sprach- und Zahlenkenntnis, ferner durchaus tüchtige Werksetzer bevorzugt werden sollte, die in der Verarbeitung des Maschinenfertiged Werkstoffes bester. Bewerbungen mit Lohnansprüchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit sowie Zeugnisabschriften an: Sternsche Buchdruckerei, Stephan Seidel & Co., Altschönberg (Sachsen).

Wir suchen zum baldigen Eintritt: Korrektor für wissenschaftlichen Werks mit vorzüglichen Sprach- und Zahlenkenntnis, ferner durchaus tüchtige Werksetzer bevorzugt werden sollte, die in der Verarbeitung des Maschinenfertiged Werkstoffes bester. Bewerbungen mit Lohnansprüchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit sowie Zeugnisabschriften an: Sternsche Buchdruckerei, Stephan Seidel & Co., Altschönberg (Sachsen).

Wir suchen zum baldigen Eintritt: Korrektor für wissenschaftlichen Werks mit vorzüglichen Sprach- und Zahlenkenntnis, ferner durchaus tüchtige Werksetzer bevorzugt werden sollte, die in der Verarbeitung des Maschinenfertiged Werkstoffes bester. Bewerbungen mit Lohnansprüchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit sowie Zeugnisabschriften an: Sternsche Buchdruckerei, Stephan Seidel & Co., Altschönberg (Sachsen).

Akzidenzsetzer tüchtig in Entwurf und Satz, in dauernde Stellung nach Dulsburg für bald gesucht. Bewerbungen mit Unterlagen erbeten. Offerten unter Nr. 72 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Königstraße 7, erbeten. Wir suchen einen wirklich ersten Linotypsetzer der in der Lage ist, unsere drei neuen Dreidecker in tadellosem Zustand zu erhalten. Eintritt umgehend. Wegen Wohnungs-mangels eventuell Lediger bevorzugt. Nur ernsthafteste Reflektanten belieben Offerte einzusenden an 'Arbeiterzeitung', Mannheim S 3, 10.

Mehrere tüchtige Linotypsetzer für Ideal in angenehme Dauerstellung sofort gesucht. Hartmann & Wolf, Leipzig, Blumenstraße 12. Infolge Erweiterung unserer Segmaschinenabteilung suchen wir Linotypsetzer Zwei Herren für sofort, zwei Herren für 18. Oktober, zwei Herren für 1. November. Die Stellen sind dauernd, angenehm und werden bei entsprechender Arbeitsleistung gut bezahlt. Gerhard Schilling A.-G., Oldenburg i. O.

Tüchtiger Maschinensetzer für Typograph U-B mit Winklerbeugung für besseren Werksatz in dauernde, angenehme, gutbezahlte Stellung gesucht. C. Seifert, Buchdruckerei, Köstlich i. Th.

Monolinsetzer flotter, korrekter Arbeiter und guter Maschinenkennner in Dauerstellung nach Mannheim gesucht. Angebote an: Schleichschach 418, Mannheim.

Tüchtiger, selbständige Monotypsetzer zu sofortigem Eintritt in Dauerstellung gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten an: Seedeusel & Koenen, Essen.

Strebsamer Schriftsetzer 21 Jahre alt, seit etwa zwei Jahren wegen Arbeitsmangel außerberuflich tätig gewesen, möchte sich wieder in seinen Beruf einarbeiten. Off. Angebote an: E. Hellmund, Schwedt a. d. O., Hohenzollernstraße 20.

Erster Akzidenzsetzer in Entwurf und Satz erstklassiger Arbeiten durchaus selbstständig, mit besten Zeugnissen, sucht in Leipzig entsprechende Stellung. Offerten unter E. A. 117 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Tüchtiger Akzidenzsetzer in Kalkulation und Buchführung erfahren, mit la Zeugnissen, sucht in Leipzig Stellung als Stütze des Chefs oder als Kalkulator. Offerten unter Nr. 118 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Schriftsetzer oder Schweizerdegen kann sofort eintreten. 124 Robert Wohlfell, Buchdruckerei, Nieseburg (Weißer.).

Seher und Schweizerdegen gesucht. D. King, Deunsbühlteich. 'Wie soll ich Format machen?' mit 140 Abbild. postfret 2 M. Werkzeuge für Satz u. Druck (Preisliste). M. Rauch, Stuttgart, Adenstraße 3.

Inseratenseher zum baldigen Eintritt gesucht. Ausschlägliche Verwendung mit Lohnansprüchen erbeten an: Hoffmann & Kellner, Chemnitz.

Linotypsetzer sofort gesucht. 127 Buchdruckerei Dr. F. Poppe, Leipzig-Kleinriditz, Grenzstraße 21.

Linotypsetzer mit mehrjähriger Praxis, korrekter Seher, guter Maschinenkennner, in angenehme Dauerstellung gesucht für Zeitung und Werk. Lohn über Tarif. 'Oldenburgische Landbesitz', Oldenburg bei Bremen.

Linotypsetzer mit längerer Praxis und guten Sachkenntnissen zu möglichst sofortigen Eintritt gesucht. Eventuell Reisevergütung. 'München-Augsburger Abendzeitung', München, Paul-Heyse-Str. 9.

Typographsetzer für Modell B, der auch im Handlag ausbillet, zum baldigen Eintritt gesucht. 128 Buchdruckerei des 'Gemeinnützigen', Hohenlimburg i. W.

Typographsetzer bei guter Bezahlung in Dauerstellung sofort gesucht. Reisevergütung. 'Leipziger Zeitung und Anzeigen', Celle i. S.

Typographsetzer gegen gute Bezahlung in dauernde Stellung sofort gesucht. 'Provinzialzeitung', Geseesmünde.

Selbstständig arbeitender jüngerer Maschinenmeister für Siegel und Schnellpresse, oder Schweizerdegen in Dauerstellung gesucht. Gustav Peters, Lüneburg, Dr. Wackerstr. 8.

Tüchtiger Illustrations- und Akzidenzdrucker (Reizner) braucht (od. Schnellpr.) gut eingearb. in ver. Autokop., sucht sich in Leipzig zu verewandern. Off. Angebote an: S. Kunk, Leipzig-Großsch., Hauptstraße 100, erbeten.

Am 3. Oktober verstarb an den Folgen seiner Kriegsverletzung unser lieber Kollege, der Seher Alfred Jürgens in 33. Lebensjahre. Sein offener und ehrlicher Charakter wird ihm bei uns ein ehrendes Andenken sichern. Die Kollegen der 'Städtischen Druckerei Neudau'.

Am 1. Oktober verstarb an Hirnhautentzündung unser lieber Kollege Gustav Juleg aus Helmreichs. Wie werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. E. v. Hof a. d. O.